

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

11/2014
November 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Advent-Wohlfahrtswerk ermutigt zur Willkommenskultur für Flüchtlinge	Seite 1
	25 Jahre Familienzentrum „Arche Noah“ in Penzberg	Seite 1
	Weihnachtsmarke 2014 mit Stern von Bethlehem	Seite 2
	Vereinzelt Fälle von Diskriminierung wegen Religionszugehörigkeit in Deutschland	Seite 2
	Wintersemester mit 53 neuen Studenten in Friedensau	Seite 3
	„Alle Opfer von Kriegen mahnen zum Frieden“	Seite 4
	Wort der Evangelisch-methodistischen Kirche zu Flüchtlingen und Kirchenasyl	Seite 4
	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband positioniert sich gegen Rechtsextremismus	Seite 5
	Gewalt mit Gewalt bekämpfen kann nicht die Lösung sein	Seite 6
	„Ohne Gewehr und Krieg. Menschen, die aufbauen“	Seite 6
International	Ungeschlagen und ungebrochen aus dem Gefängnis marschiert	Seite 7
	Position der Adventisten zum geplanten österreichischen Islamgesetz	Seite 9
	Adventistische Pastoren in Guatemala und auf den Philippinen getötet	Seite 10
	Medizinisches Zentrum der Adventisten in Bukarest eröffnet	Seite 10
	Adventisten in Nordamerika „erwachsen“ geworden und finanzstark	Seite 11
	Neuer Generalsekretär der jährlichen Konferenz der Sekretariate der CWC	Seite 12
	UN-Experte fordert Schutz der Religionsfreiheit auch am Arbeitsplatz	Seite 13
	Papst fordert mehr Unterstützung für verfolgte Christen	Seite 14
„Neue Ära“ zwischen Evangelikalen und Rom	Seite 15	
ADRA	ADRA Deutschland eröffnet in Berlin Hauptstadtbüro	Seite 16
	ADRA Deutschland unterstützt 582.000 Menschen in 30 Ländern	Seite 16
	Wasserkraftwerk für Krankenhaus in 3.000 Metern Höhe	Seite 17
	Ausbildung für junge „Waldmensen“ in Uganda	Seite 17
Medien	Jugendliche in Deutschland online und sozial engagiert	Seite 18
Buchrezension	Daniel Heinz/Werner Lange (Hrsg.), „Adventhoffnung für Deutschland“	Seite 18

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Jens-Oliver Mohr (stellvertretend), Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 208 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Advent-Wohlfahrtswerk ermutigt zur Willkommenskultur für Flüchtlinge

Berlin, 25.11.2014/APD Zur Mitgestaltung an einer Willkommenskultur für Flüchtlinge haben Pastor Michael Götz, Leiter des Advent-Wohlfahrtswerks (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland, und Pastor Johannes Scheel, Präsident der dortigen Freikirchenleitung, die adventistischen Kirchengemeinden und AWW-Helferkreise in ihrem Verwaltungsgebiet aufgerufen. Es handelt sich dabei um die Adventisten in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

In ihrem Rundschreiben betonten Götz und Scheel, dass es Aufgabe von Christen sei, sich schutz- und hilfebedürftiger Menschen in Fürbitte und Fürsorge anzunehmen. Die beiden Leiter bekundeten darin ihre Solidarität mit den Zuflucht suchenden Menschen, aber auch mit den Behörden, die sich der Herausforderung einer wachsenden Anzahl von Flüchtlingen gegenübersehen.

Kirchengemeinden und AWW-Helferkreise sollten sich fragen: Was brauchen die Menschen? Gezielte Informationen bei Behörden und in Unterkünften einzuholen, sei wichtig. In vielen Orten gäbe es Flüchtlingsräte, die Ehrenamtliche suchten und wertvolle Hinweise zu rechtlichen Fragen geben könnten. Nicht zuletzt bestünde auch die Möglichkeit, Menschen in Angebote der Kirchengemeinden und Helferkreise einzubeziehen.

Mit ihrem Schreiben wollten Götz und Scheel ermutigen, selbst auf Menschen zuzugehen und sie dort aufzusuchen, wo sie lebten. Es bestehe das Angebot eines Erfahrungs- und Ideenaustausches zu Fragen der Flüchtlingshilfe mit der Leitung des AWW und der Freikirche. Dieses Jahr hätten bereits die Ortsgemeinden der Siebenten-Tags-Adventisten in Hanau und Nürnberg-Mitte durch Gewährung von Kirchenasyl Flüchtlingshilfe geleistet.

Das 1897 gegründete Advent-Wohlfahrtswerk ist das Sozialwerk der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Als eingetragener Verein mit Sitz in Darmstadt ist das AWW Gründungsmitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die soziale und karitative Tätigkeit des AWW gelte dem hilfsbedürftigen Menschen ohne Ansehen der Person und ohne Unterschied von Nation, Rasse, Konfession oder Weltanschauung. Weitere Informationen: www.aww.info (1.953 Zeichen)

25 Jahre Familienzentrum „Arche Noah“ in Penzberg

Penzberg/Oberbayern, 25.11.2014/APD Das Familienzentrum „Arche Noah“ in Penzberg kann dieses Jahr auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Einrichtung gilt mit seinem Betreuungs- und Beratungsangebot für Kinder, Jugendliche und Eltern als vorbildhaft. Getragen wird das Familienzentrum vom Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

1989 aus kleinen Anfängen hervorgegangen, nehmen heute, nach Schätzung der Einrichtungsleiterin Annelies Plep, etwa 300 bis 500 Familien pro Jahr die verschiedenen Angebote der „Arche Noah“ wahr. Die Angebote reichten vom Kindergarten über Lern- und Berufsfindungsprojekte für Schüler bis hin zu Beratungs- und Therapieangeboten für Eltern. Diese ganzheitliche Betreuung und Hilfe werde laut bayerischem Erziehungs- und Bildungsplan seit 2005 empfohlen.

Von Anfang an, so Gründerin Plep, die neben ihrem Medizin- und Theologiestudium auch eine therapeutische Ausbildung hat, sei es um die ganze Familie gegangen und darum, dass Kinder körperlich, geistig und seelisch gesund aufwachsen und die Eltern gestärkt werden. Das Konzept werde ständig weiterentwickelt. Ziel sei es, vorhandene Berührungängste abzubauen und weiter für den ganzheitlichen Ansatz zu werben. In seiner Arbeit wird das aus 15 Mitarbeitenden bestehende Team von mehreren ehrenamtlichen Helfern unterstützt.

Mit der Katholischen Stiftungsfachhochschule München/Benediktbeuren unterhält das Familienzentrum eine jahrelange Zusammenarbeit. Franz Ebbers, Professor der Hochschule, hatte das Familienzentrum bereits vor einiger Zeit als Zukunftsmodell bezeichnet. Studenten der Hochschule arbeiten dort als Praktikanten und fertigten mehrere akademische Abschlussarbeiten über die Einrichtung an.

Die soziale und karitative Tätigkeit des AWW gilt nach eigenen Angaben dem hilfsbedürftigen Menschen ohne Ansehen der Person und ohne Unterschied von Nation, Rasse, Konfession oder Weltanschauung. Diesem Grundsatz gemäß sei das Familienzentrum auch eine überkonfessionelle Einrichtung, so Plep. Betreut würden katholische, evangelische und muslimische Kinder genauso wie solche, die keiner Religion angehörten. Weitere Informationen: www.familienzentrum-arche-noah.de (1.987 Zeichen)

Weihnachtsmarke 2014 mit Stern von Bethlehem

Bonn, 25.11.2014/APD Die Sonderbriefmarke „Weihnachten 2014“ der Deutschen Post erinnert mit dem Stern von Bethlehem an das Fest der Geburt Christi. Das christliche Altertum verstand darunter einen Stern mit Schweif, also einen Kometen. Der Stern weist auf Jesus Christus hin, von dem es im Johannesevangelium 1,9 heißt: „Das wahre Licht, das jeden Menschen erleuchtet, kam in die Welt.“ Der Stern von Bethlehem signalisiert aber nicht nur Hirten den neuen König, den Messias, sondern führt auch heidnische Magier zur Krippe, wo sie vor Gottes Sohn anbetend niederknien und ihn durch Geschenke (Gold, Weihrauch, Myrrhe) verehren.

Das Sonderpostwertzeichen mit dem Portowert 60 + 30 Cent für den Standardbrief gibt es auch selbstklebend im 10er Marken-Set. Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Weihnachtsmarke 2014 ist bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: mail@aww.info, erhältlich. (1.150 Zeichen)

Vereinzelt Fälle von Diskriminierung wegen Religionszugehörigkeit in Deutschland

Hannover, 25.11.2014/APD Auch in Deutschland gebe es vereinzelt Fälle, in denen Menschen wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die von der Deutschen Vereinigung für Religionsfreiheit ab November 2013 durchgeführt wurde. „Insgesamt kann festgehalten werden, dass Diskriminierungen aufgrund der Religion auch im Bereich nichtmuslimischer Glaubensgemeinschaften vorkommen, sie allerdings nur vereinzelt erlebt und berichtet werden“, teilte Dr. Harald Mueller, Jurist und Vorstandsmitglied der Vereinigung mit.

Dreizehn nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften hatten sich an der Umfrage beteiligt. Neben der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland auch verschiedene Freikirchen, sowie die Neuapostolische Kirche, die Zeugen Jehovas, die Mormonen und die Bahai. Die Antworten hätten ein uneinheitliches Bild ergeben, so Mueller. Die Mehrzahl der Teilnehmenden habe mitgeteilt, dass Diskriminierungen wegen der Religion nicht konkret bekannt geworden seien. Es könne aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass es in Einzelfällen zu Diskriminierungen gekommen wäre.

Konkrete Diskriminierungserfahrungen seien von drei Glaubensgemeinschaften benannt worden. Bei Mitgliedern der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten komme es immer wieder zu Konflikten bis hin zum Arbeitsplatzverlust, da sie aufgrund ihres Verständnisses vom Samstag (Sabbat) als biblischem Ruhetag im Berufsleben beeinträchtigt seien, wenn von ihnen Arbeit an diesem Tag verlangt werde.

Von der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas seien mehrere Fälle berichtet worden, in denen Mitglieder eine Arbeitsstelle nicht erhalten beziehungsweise verloren hätten, nachdem ihre

Konfessionszugehörigkeit bekanntgeworden wäre. Bei der Glaubensgemeinschaft der Mormonen sei es vorgekommen, dass ein Kind von Mitgliedern in einem konfessionell geführten Kindergarten im Hinblick auf die Religionszugehörigkeit abgewiesen worden sei.

Die Umfrage mache laut Mueller deutlich, dass je weniger religiöses Handeln überhaupt auffalle, es desto weniger Diskriminierung zu geben scheine. Die Gefahr von Diskriminierung werde jedoch größer, je mehr das berufliche und gesellschaftliche Umfeld herausgefordert sei, Rücksicht auf ein bestimmtes religiöses Verhalten zu nehmen.

Die Deutsche Vereinigung für Religionsfreiheit e.V. ist ein Zweig der Internationalen Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit, die 1946 gegründet wurde und heute ihren Sitz in Bern hat. Ziel der Vereinigung ist die Förderung und Wahrung der Grundsätze der Religionsfreiheit. Gefördert wird die Arbeit durch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Weitere Infos: www.dv-religionsfreiheit.org (2.472 Zeichen)

Wintersemester mit 53 neuen Studenten in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 25.11.2014/APD 53 neue Studentinnen und Studenten nahmen im Wintersemester 2014/2015 ihr Studium an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg auf. Davon haben zwölf Theologie und 41 Sozialwesen belegt. Damit sind dort insgesamt 195 Studierende, sieben mehr als im Vorjahr, eingeschrieben. 56 studieren Theologie und 139 Sozialwissenschaften. Zusätzlich gibt es noch elf im Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ und zwei Gasthörer. Von den ausländischen Studierenden kommen 67 aus insgesamt 32 Ländern.

Die 1899 gegründete und 1990 staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – berufsbegleitend neun Semester), Master of Arts Counseling/Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester), Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und Master of Arts Musiktherapie (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

Zur Hochschule gehören als wissenschaftliche Einrichtungen im Bereich Theologie die Institute Altes Testament und Biblische Archäologie (Leitung: Professor Dr. Friedbert Ninow), adventistische Geschichte und Theologie (Professor Dr. Rolf Pöhler), Kirchenmusik (Sebastian Kuhle), Arthur-Daniells-Institut für Missionswissenschaft (Professor Dr. Winfried Noack) und Religionsfreiheit (Dr. jur. Harald Mueller). Im Fachbereich Christliches Sozialwesen sind es die Institute Entwicklungszusammenarbeit (Professor Dr. Horst Friedrich Rolly), Familien- und Sozialforschung (Dr. Andreas Bochmann), Sucht- und Abhängigkeitsfragen (Professor Dr. med. Lothar Schmidt), Kulturrelevante Kommunikation und Wertebildung (Dr. Bojan Godina) sowie Musiktherapie (Professorin Dr. sc. mus. Petra Jürgens). Zur Hochschule gehören auch das Historische Archiv der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa (Dr. Daniel Heinz) und außer der Hochschulbibliothek die Freikirchenbibliothek des Vereins für Freikirchenforschung (VFF).

Publiziert werden die wissenschaftlichen Ergebnisse der Institute und des Archivs unter anderem in der Friedensauer Hochschulzeitschrift „Spes Christiana“ sowie in der Friedensauer Schriftenreihe A (Theologie), B (Gesellschaftswissenschaften) und C (Musik – Kirche – Kultur – Adventistica) des Peter Lang Verlages Frankfurt/Main. Die Hochschulbibliothek umfasst über 150.000 Medien. Darunter sind wissenschaftliche Monographien und Zeitschriften, Noten und Liederbücher, Musik und Filme, Unterhaltungsliteratur sowie Kinder- und Jugendbücher. Zugriff auf Online-Datenbanken und elektronische Zeitschriften erweitern den Bestand. (2.808 Zeichen)

Plakatausstellung „Krieg und Gewalt“ in der Hochschulbibliothek Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 25.11.2014/APD Die Hochschulbibliothek der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg zeigt noch bis zum 28. November eine Plakatausstellung mit Motiven zum Thema „Krieg und Gewalt“. Die Plakate erinnern an den Jahrestag der Waffenstillstands-Unterzeichnung von Compiègne (1918) und an die Verbrechen des Ersten Weltkrieges. Sie zeigen zeitgenössische Gestaltungsmittel und Kommunikationsmethoden.

Die beiden Veranstalter – der Bund mitteldeutscher Grafikdesigner und der Verein zur Förderung visueller Kultur plakat-sozial e. V. – riefen auf, Plakate zum Andenken dieses weltweiten Schreckens zu entwerfen. Über 60 Künstler aus 14 Ländern beteiligten sich an der Aktion, darunter international bekannte Vertreter der Plakatkunstszene (www.plakat-sozial.de). Nach der erstmaligen Ausstellung in Leipzig sind nun die Plakate in der Hochschulbibliothek der Theologischen Hochschule Friedensau zu sehen. (928 Zeichen)

„Alle Opfer von Kriegen mahnen zum Frieden“

Bonn, 25.11.2014/APD Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, hat aus Anlass des Volkstrauertages (16. November) vor einem zunehmenden militärischen Denken in der Gesellschaft gewarnt und stattdessen dazu aufgerufen, zivile Konfliktlösungen nicht aus dem Blick zu verlieren. „Es darf nicht sein, dass angesichts der zunehmenden Zahl von Konflikten in der Welt immer nur der Ruf nach dem Militär erschallt. Zivil geht vor Militär“, betonte Brahms, der auch der Leitende Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist.

Dabei kritisierte der EKD-Friedensbeauftragte erneut die Vielzahl der Rüstungsexporte aus Deutschland. „Es ist ein Skandal, dass Deutschland derzeit drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist. Angesichts unserer Geschichte mit zwei Weltkriegen ist hier ein Umdenken angesagt.“ Besonders der Export von Kleinwaffen sei dem Theologen ein Dorn im Auge. „Diese Waffen werden oft nicht beachtet, aber gerade Handfeuerwaffen spielen in Bürgerkriegen eine wichtige Rolle.“ Brahms unterstütze daher die Bestrebungen in der Bundesregierung, Waffenexporte restriktiver zu handhaben.

Er forderte die Bundesregierung aber auch zu einer aktiveren Friedenspolitik auf. Dazu gehöre es, die Instrumente einer zivilen Konfliktbearbeitung deutlich auszubauen. „Es gibt viele solcher Instrumente wie den Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung oder das Zentrum für internationale Friedenseinsätze, sie sind aber kaum politisch verankert und finanziell im Gegensatz zur Bundeswehr unzureichend ausgestattet“, klagt der EKD-Friedensbeauftragte. Hier könne Deutschland international ein deutliches Signal setzen und mehr Verantwortung übernehmen.

Mit Blick auf den Volkstrauertag mahnte Renke Brahms, an diesem Tag nicht nur der gefallenen Soldaten zu gedenken, sondern auch die vielen zivilen Opfer von Gewalt und Krieg nicht aus dem Blick zu verlieren. „In Kriegen und kriegerischen Konflikten sterben nicht nur Soldaten, sondern viele unschuldige Menschen, darunter auch viele Kinder. Dies sollte beim Gedenken am Volkstrauertag nicht in Vergessenheit geraten. Alle Opfer von Kriegen mahnen nachdrücklich zum Frieden.“ (1.957 Zeichen)

Wort der Evangelisch-methodistischen Kirche zu Flüchtlingen und Kirchenasyl

Stuttgart, 25.11.2014/APD Der Vorstand der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland hat am 15. November unter der Überschrift „Mitbürger und Hausgenossen...“ ein Wort zu Flüchtlingen und Kirchenasyl veröffentlicht. Darin wird betont: „Positionen und Äußerungen, die Flüchtlinge primär als Gefahr und Bedrohung sehen und Ängste schüren, sind für uns mit dem Zeugnis des Evangeliums nicht vereinbar.“ Der Kirchenvorstand ruft stattdessen die evangelisch-methodistischen Gemeinden auf, sich aktiv um Flüchtlinge und Asylsuchende zu kümmern. „Die Liebe

Jesu drängt uns, Verantwortung für Menschen in Not zu übernehmen und für sie Partei zu ergreifen“, heißt es in der Erklärung.

Das Papier macht dabei konkrete Vorschläge, wie Gemeinden aktiv werden könnten. So könne eine Gemeinde Flüchtlinge und Asylsuchende bei sich und in der Gesellschaft willkommen heißen, indem sie die Bewohner eines Flüchtlingsheims besuche oder diese in die Gemeinderäume einlade zum gemeinsamen Kochen, Essen, Spielen, Reden, Tanzen, Feiern und anderen Aktivitäten. Auch könnten in den Gemeinderäumen Gesprächs- und Begegnungsräume geschaffen werden. Zudem könnten Gemeindeglieder Flüchtlinge und Asylsuchende bei Behördengängen, Arztbesuchen oder Schulgesprächen begleiten und die politische Gemeinde darin unterstützen, menschenwürdigen Wohnraum für Flüchtlinge und Asylsuchende zu finden.

Der Kirchenvorstand ermutige die Gemeinden ausdrücklich, sich auch um Flüchtlinge zu kümmern, die von Abschiebung bedroht seien. Das könne als letzte Maßnahme auch Kirchenasyl einschließen, bis eine akzeptable Lösung gefunden wäre. „Viele Gemeinden haben den Einsatz für Flüchtlinge nicht nur als Aufgabe, sondern auch als Bereicherung erlebt“, heißt es in der Erklärung. „Deshalb ermutigen wir unsere Gemeinden, Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen und ihnen gegenüber gastfrei zu sein.“

Der vollständige Wortlaut der Erklärung kann im Internet unter <http://www.emk.de/fileadmin/meldungen-2014/141119-Fluechtlinge-und-Kirchenasyl.pdf> heruntergeladen werden. (1.852 Zeichen)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband positioniert sich gegen Rechtsextremismus

Berlin, 25.11.2014/APD Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hat sich in einer Grundsatz-erklärung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gestellt. Die versuchte Einflussnahme rechtsextremer Personen und Gruppierungen auf unsere Gesellschaft sei ein Problem, mit dem sich auch der Paritätische auseinandersetzen müsse, teilten Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider und Fachreferent Christian Woltering mit.

Rechtsextremisten drängten seit langem ganz bewusst in die soziale Arbeit und damit auch in Handlungsfelder der Freien Wohlfahrtspflege. Sie seien nicht mehr ohne weiteres gleich an Äußerlichkeiten erkennbar und versuchten, sich als Teil gesellschaftlicher Normalität zu inszenieren, so Schneider und Woltering. Aus diesem Grund sähe es der Paritätische als dringliche Aufgabe an, sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen deutlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu positionieren.

„Der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen versteht sich als Verband der Vielfalt, Toleranz und Offenheit für alle Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung oder Krankheit“, heißt es in der am 26. September 2014 vom Verbandsrat verabschiedeten „Charta gegen Rassismus und Rechtsextremismus“.

Aufgabe des Paritätischen sei es, eine demokratische, engagierte und solidarische Gesellschaft mitzugestalten und zu verteidigen. Dazu würde eine Verbandskultur gepflegt, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedes Einzelnen geprägt sei. Rechtsextremismus, Rassismus und alle anderen Formen von Ungleichwertigkeit in der Gesellschaft, in Mitgliedsorganisationen oder bei Mitarbeitenden würden nicht geduldet.

Der Paritätische schätze die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb des Verbandes und werde den Prozess der interkulturellen Öffnung fortführen. In den nächsten Monaten solle die Charta durch Dialog, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Handreichungen und Arbeitshilfen flankiert werden. Die „Charta gegen Rechts“ kann im Internet bei www.der-paritaetische.de heruntergeladen werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik. Er wurde 1924 gegründet und ist Dachverband von über 10.000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Das Advent-Wohlfahrtswerk der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehört zu den Gründungsmitgliedern des Paritätischen. (2.364 Zeichen)

Gewalt mit Gewalt bekämpfen kann nicht die Lösung sein

Bonn, 25.11.2014/APD 2014 sei ein Jahr des Gedenkens und des Erinnerens, betonte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms. „Vor 25 Jahren zeigten die Menschen in der DDR, darunter auch viele Christen, in einer friedlichen Revolution, dass Widerstehen erfolgreich sein kann.“ So seien Mauern gefallen, Blöcke zerbrochen und der Kalte Krieg habe sein Ende gefunden. „Nicht mit Waffen und Gewalt, sondern mit Gebeten und Kerzen“, so Brahms, der auch der leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Das könne ein Beispiel für viele Konflikte sein.

Der EKD-Friedensbeauftragte warnte davor, sich angesichts der schrecklichen Bilder aus Syrien und dem Irak, der nach wie vor herrschenden Kriegsgefahr in der östlichen Ukraine oder anderer Konflikte in der Welt nur von einer militärischen Logik treiben und leiten zu lassen. „Militärische Gewalt schafft keinen Frieden und löst keine Probleme, sondern schafft nur neue Konflikte. Vielmehr sei es wichtig, die zivilen und gewaltfreien Instrumente einer Konfliktbearbeitung nicht aus den Augen zu verlieren und sie zu fördern.

„Die Bilder aus dem Nahen Osten, die unbeschreibliche Gewalt der IS-Terroristen und das Leid der Zivilbevölkerung machen ohnmächtig und sprachlos, ja auch wütend.“ Dennoch sei Brahms überzeugt, dass Militärschläge oder Waffenlieferungen nicht die einzige Lösung sein könnten. „Es fehlt ein Mandat der Vereinten Nationen, eine Strategie, aber auch eine Zielkonzeption“, so der EKD-Friedensbeauftragte. Luftschläge oder die Ausweitung der Gewalt durch Waffenlieferungen an Konfliktparteien hätten seiner Einschätzung nach bisher nicht zu Lösungen geführt, sondern nur das Konfliktpotenzial noch weiter verstärkt. „Auch hier müssen wir als Christen widerstehen, wenn der vermeintlich alternativlose Ruf nach militärischen Lösungen aufkommt.“

Renke Brahms wisse, dass es derzeit nicht einfach sei, sich für eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten einzusetzen. „Es ist schade, aber auch bedenklich, dass diejenigen, die trotz aller unsäglichen Gewalt weiterhin auf eine friedliche Lösung setzen, belächelt oder sogar beschimpft werden.“ Aber das Eintreten für Gewaltlosigkeit sei nicht naiv, sondern Ausdruck der Friedensbotschaft Jesu Christi. (2.014 Zeichen)

„Ohne Gewehr und Krieg. Menschen, die aufbauen“

350 Jahre „Mennistenkonzession“ in der Kurpfalz

Bammental bei Heidelberg, 25.11.2014/APD Mennoniten von links und rechts des Rheins feierten am 8. November in der Heidelberger Hoffnungskirche der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) ein „Fest der Freiheit, der Toleranz und des Miteinanders“, denn vor 350 Jahren wurden die „Mennisten“ erstmals offiziell geduldet. Am 4. August 1664 unterzeichnete der Pfälzer Kurfürst Karl Ludwig in Heidelberg seine „Mennistenkonzession“ und legalisierte damit die Ansiedlung aus der Schweiz eingewanderter Täufer. Ehemals als Ketzer Verfolgte erhielten ein Bleiberecht und halfen beim Aufbau des im 30-jährigen Krieg zerstörten Landes.

Schon seit Kriegsende 1648 wären täuferische Flüchtlinge aus der Schweiz in die Kurpfalz eingeschickt. „Ihr Aufenthalt war jedoch illegal, ihre Versammlungen verboten“, berichtete der Täuferhistoriker Wolfgang Krauß. In seinem Duldungserlass stellte der Kurfürst „verschiedene Besonderlichkeiten“ der „Mennisten“ fest, etwa dass „sie sich des Gewehrs und aller Kriegshändel entäußern“. Hatte der Pazifismus der Täufer und ihre Ablehnung der Kindertaufe sie auch in der Kurpfalz 100 Jahre zuvor noch den Kopf gekostet, so interessierte laut Krauß das jetzt nicht weiter, „weil wir zuvörderst Menschen und Untertanen benötigen, die das verödete Land wieder aufbauen und instand bringen“, so Kurfürst Karl Ludwig.

Zum ersten Mal formulierte 1664 mit der Kurpfalz ein bedeutender Staat in Süddeutschland ein Bleibe- und Existenzrecht für Menschen abweichenden Glaubens. Der Westfälische Friede von 1648 erwähnt nur Katholiken, Lutheraner und Reformierte als rechtlich zulässig. Mit der Bezeichnung „Mennisten“, nach dem Täuferführer Menno Simons (1496-1561), umging der Kurfürst die nach Reichsrecht noch immer drohende Todesstrafe für „Wiedertäufer“. Die Täuferbewegung, oft als „linker Flügel der Reformation“ bezeichnet, war hierzulande bis Ende des 16. Jahrhunderts durch unnachgiebige Verfolgung auch in der Kurpfalz ausgelöscht worden.

Die „Mennistenkonzession“ markiere, so der Täuferhistoriker, einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der Freiheits- und Menschenrechte. Zeitbedingt zunächst als fürstliches „Privileg“ für eine Gruppe religiöser Nonkonformisten formuliert, mit manchen Einschränkungen und erhöhter Steuerlast versehen, könne sie jedoch als Vorläuferin der heutigen Grundrechte betrachtet werden. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Konkretion der Religions- und Gewissensfreiheit und seine Ausgestaltung im Zivildienst seien nach dem Zweiten Weltkrieg auch im Dialog mit den Mennonitengemeinden und auf dem Hintergrund ihrer Geschichte ins Grundgesetz aufgenommen worden.

Wolfgang Krauß merkte aber auch selbstkritisch an, dass die Duldung ein zweischneidiges Schwert gewesen sei. Die Mennoniten hatten einen Ort zum Überleben und konnten sogar wirtschaftlichen Erfolg erreichen. Doch sie hätten sich notgedrungen den Bedingungen der Duldung angepasst und so habe sich nach und nach die Entschiedenheit ihres Glaubens samt ihres an der Nachfolge Jesu orientierten Pazifismus relativiert. „Erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine Rückbesinnung ein“, teilte der Historiker mit.

Das Dokument von 1664 sei immer noch aktuell. Es werfe ein Licht auf heutige Herausforderungen des Zusammenlebens, der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten sowie der Toleranz zwischen Religionen und Kulturen, betonte Krauß.

Das Fest „350 Jahre Mennistenkonzession in der Kurpfalz 1666-2014“ wurde in Heidelberg unter dem Motto „Ohne Gewehr und Krieg. Menschen, die aufbauen“ durchgeführt von der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Mennonitengemeinden (ASM), dem Verband deutscher Mennonitengemeinden (VdM) und dem Mennonitischen Geschichtsverein (MGV). (3.316 Zeichen)

International

Ungeschlagen und ungebrochen aus dem Gefängnis marschiert

Misshandlung britischer Adventisten als Nichtkämpfer im Ersten Weltkrieg

Silver Spring, Maryland/USA, 25.11.2014/APD Vierzehn adventistische Soldaten legten im November 1917 während des Ersten Weltkriegs um 16 Uhr an einem Freitag ihre Arbeitsgeräte zur Seite, um sich auf den Sabbat, den biblischen Ruhetag, vorzubereiten. Doch ihre Unteroffiziere standen schon bewaffnet mit Knüppeln, Pistolen und Stiefeln bereit. Die Soldaten wurden brutal zusammengeschlagen. Danach warf man die britischen Rekruten in kleine Gefängniszellen und fesselte sie mit viel zu engen Handschellen auf dem Rücken. Den Leidensweg dieser adventistischen Kriegsdienstverweigerer schilderte Viktor Hulbert, Abteilungsleiter für Kommunikation und Medien der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien, in einem Artikel in der nordamerikanischen Zeitschrift „Adventist Review“.

Bei den 14 jungen Männern handelte es sich um Theologiestudenten des adventistischen „Stanborough Missionary College“ in London, die zum Kriegsdienst einberufen worden waren. Sie kamen der Einberufung nach, weigerten sich jedoch, eine Waffe in die Hand zu nehmen und an ihrem Ruhetag, dem Sabbat, der nach der Bibel von Freitagabend bis Samstagabend gefeiert wird und mit dem Sonnenuntergang beginnt sowie endet, Dienst zu tun. Deshalb wurden sie eingesperrt und

geschlagen. Sie litten Hunger und mussten Toiletten mit der bloßen Hand reinigen. Sie wurden gefoltert, indem man sie mit Ketten an das große Rad einer Kanone fesselte und stundenlang der Sonne aussetzte. „Kreuzigung“ wurde diese gefürchtete Foltermethode genannt. Nach dem Krieg hätten sie selbst mit ihren engsten Familienangehörigen nicht über ihre Erlebnisse sprechen können, so Hulbert. Erst allmählich wären Einzelheiten ans Licht gekommen.

Deutsche Adventisten handelten anders

Als der Erste Weltkrieg Ende Juli 1914 ausbrach, befand sich Ludwig Richard Conradi, damals ein deutschstämmiger amerikanischer Staatsbürger und Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, zu einer Konferenz der britischen Adventisten in London. Conradi hätte die Versammlung wegen des Kriegsbeginns vorzeitig verlassen müssen und sei nach Hamburg zurückgekehrt, wo sich der damalige Verwaltungssitz der europäischen Adventisten befand. Der Kirchenleiter habe in Deutschland die Auffassung vertreten, dass in einem Krieg das Vaterland in Gefahr wäre, sodass auch Adventisten selbst am Sabbat Waffendienst leisten sollten. Diese Einstellung habe unter den dortigen Mitgliedern der Freikirche zu großen Spannungen geführt, so Hulbert.

Die britische Freikirchenleitung hätte dagegen eine andere Haltung vertreten. Sie orientierte sich an dem Nichtkämpfer-Standpunkt der Adventisten im Amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Das sei nicht leicht gewesen, betonte Victor Hulbert. Die britischen Adventisten wären meist als Spinner und aus den USA exportierte Proletarier verachtet worden. Als die britische Regierung immer mehr Soldaten benötigte, wurde die Wehrpflicht eingeführt, sodass zwischen 1916 und 1918 etwa 130 junge Männer von den rund 3.000 Adventisten in Großbritannien einberufen wurden.

Kraft durch das Johannesevangelium

Unter den ersten Einberufenen seien 14 Studenten vom Stanborough College gewesen. Sie kamen am 23. Mai 1916 zum 3. Nichtkämpferkorps in die Bedford Kaserne und bald danach mit dem Schiff nach Frankreich. Bereits auf dem Schiff habe man ihnen ungeachtet ihres Nichtkämpferstatus Gewehre ausgehändigt, deren Annahme sie verweigerten. Daraufhin seien sie bei der Ankunft im französischen Hafen Le Havre von den anderen Soldaten abgesondert worden und hätten auf dem Kai antreten müssen. Der Feldwebel habe einen Adventisten herausgesucht, den er für den Anführer der Gruppe hielt, und ihm befohlen, schwere Steine von einer Seite des Kais auf die andere Seite zu bringen und danach alle Steine wieder zurückzutragen. Das habe der kommandierende Offizier, ein Oberst, beobachtet. Nachdem er erfuhr, dass es sich um Adventisten handele, hätte er befohlen, dass die jungen Soldaten keine Waffen tragen müssten und vom Dienst am Sabbat zu befreien seien. Die nächsten 18 Monate wären daher problemlos gewesen. Die 14 Adventisten hätten hauptsächlich als Hafentarbeiter Schiffe be- und entladen.

Im November 1917 übernahm ein anderer Offizier das Kommando, der das Arbeiten am Sabbat als zwingend notwendig erklärte. Als die Adventisten die Arbeit an ihrem Ruhetag verweigerten, wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt und zu sechs Monaten Zwangsarbeit im Militärgefängnis Nummer 3 in Le Havre verurteilt. Den Gefangenen seien ihre Bibeln abgenommen worden. Doch ein Adventist habe das Johannesevangelium verstecken können. Die einzelnen Seiten hätten die 14 Inhaftierten unter sich aufgeteilt, in ihren Mützen verborgen und beim Lesen aus dem Evangelium Kraft geschöpft. Trotz aller Misshandlungen sei keiner bereit gewesen, am Sabbat zu arbeiten.

Laut Viktor Hulbert scheint ein anglikanischer Militärggeistlicher durch die Schmerzensschreie auf die Gefangenen aufmerksam geworden zu sein. Als ihm der Zutritt zu ihnen untersagt wurde, habe er die adventistische Kirchenleitung informiert. Diese wandte sich im Januar 1918 an das Kriegsministerium. Nach einer Untersuchung wurden die 14 Soldaten etwa drei Monate nach ihrer Inhaftierung aus dem Gefängnis entlassen. Sie marschierten „ungeschlagen und ungebrochen, obwohl sie sich kaum wiedererkannten“, aus ihren Zellen. Die verantwortlichen Offiziere und Unteroffiziere wären bestraft worden. Im Juli 1918, vier Monate vor Kriegsende, konnten die Misshandelten die Armee verlassen. Einige von ihnen seien an den Folgen der in der Haft erlittenen Gesundheitsschäden gestorben. Andere wären später als Pastoren, Missionare und Kirchenleiter tätig gewesen. Sie hätten im Zweiten Weltkrieg mahndend ihre Stimme erhoben, damit derartiges nicht erneut geschehe.

(5.097 Zeichen)

Position der Adventisten zum geplanten österreichischen Islamgesetz

Wien/Österreich, 25.11.2014/APD „Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat sich seit jeher für religiöse Freiheit aller Glaubensrichtungen eingesetzt“ und begrüße daher grundsätzlich die Initiative der österreichischen Regierung, das Islamgesetz an neue Gegebenheiten anzupassen, um ein geregelter Miteinander von Religionsgemeinschaften und Staat zu ermöglichen. Das schreibt die adventistische Kirchenleitung in Österreich in einer Stellungnahme zum geplanten Islamgesetz.

Es gebe einige entscheidende Bereiche im vorliegenden Gesetzesentwurf, die problematisch seien, weshalb die Adventisten dem Gesetz in der gegenwärtigen Form ablehnend gegenüber stünden und für eine völlige Neubearbeitung nicht nur des Islamgesetzes, sondern auch des Bekenntnisgemeinschaftengesetzes plädierten. Eine Umsetzung des vorliegenden Gesetzesentwurfs gefährde den Religionsfrieden in Österreich, so die Stellungnahme der Adventisten.

Betroffene?

Der Gesetzesentwurf mache eine diffuse Situation hinsichtlich der darunter fallenden „unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Ausprägungen innerhalb des Islam sichtbar“, schaffe aber keine Klarheit oder Struktur, sondern löse vielmehr Ängste und Befürchtungen bei den Muslimen aus, in einen außerrechtlichen Status zu fallen. Es sei unklar, „welche Moslems nach Inkrafttreten des Gesetzes überhaupt noch Mitglied einer anerkannten Religion sein werden“.

Anerkennung

Alle muslimischen Gemeinschaften, die von vorne beginnen müssten, um über die „kleine Anerkennung“ als „eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ und dann unter Nachweis eines Mitgliederbestands von zwei Promille der Gesamtbevölkerung die „große Anerkennung“ der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften anzustreben, könnten dies erst nach zehnjährigem Bestehen als eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft angehen.

Zwei Promille Klausel

Das derzeit bestehende Gesetz sei von Kirchenrechtsexperten schon wiederholt als „Anerkennungsverhinderungsgesetz“ bezeichnet worden. Es diskriminiere wegen der Zwei-Promille-Mitgliederzahlforderung jene Religionsgemeinschaften, die eine geringere Mitgliederanzahl hätten und sich deswegen, wie die adventistische Kirche in Österreich, mit der Eintragung als religiöse Bekenntnisgemeinschaft begnügen müssten. Rund die Hälfte der Kirchen, die bereits heute den Status der vollen gesetzlichen Anerkennung hätten, erfüllten aber nicht die zwei Promille Forderung. Das sei gegenüber jenen Religionsgemeinschaften diskriminierend, welche dieser Forderung auch nicht entsprechen würden. Ein ähnliches Schicksal als „Gläubige zweiter Klasse“ scheine nun vielen derzeit in Vereinsform organisierten Glaubensrichtungen der islamischen Bevölkerung in Österreich zu erwarten. Die Siebenten-Tags-Adventisten fordern in ihrer Stellungnahme, dass die gegenwärtig hitzige Diskussion zum Anlass genommen werden solle, das „gesamte Verfahren der Anerkennung von Kirchen und Bekenntnisgemeinschaften völlig neu zu regeln“.

Ausbildung von Imamen und Gelehrten in Österreich

Es sei begrüßenswert, dass der Staat Sorge tragen wolle für die wissenschaftliche Ausbildung des geistlichen Nachwuchses (§ 15). Allerdings entstehe der Eindruck, dass der Staat die für diese Ausbildung Verantwortlichen ernenne und sie den Religionsgesellschaften nur zur Stellungnahme vorlege, was Widerspruch hervorrufen werde.

Deutsche Übersetzung des Koran

Die Forderung des geplanten Gesetzes (2. Abschnitt § 6) nach „Darstellung der Lehre, einschließlich eines Textes der wesentlichen Glaubensquellen (Koran), der den Inhalt in deutscher Sprache wiedergibt“, werde von den betroffenen Gläubigen „als eine Forderung nach einem Einheitskoran in deutscher Sprache verstanden“. Diese Forderung im vorgelegten Gesetzestext sei unklar und löse Irritationen aus, so die Adventisten in ihrer Stellungnahme. Da auch von keiner christlichen

Religionsgemeinschaft verlangt werde, dass sie im Anerkennungsprozess eine Bibelübersetzung einreichen müsse, die dann als Grundlage für die Abgrenzung von anderen christlichen Überzeugungen genommen werde, sei davon auch bei muslimischen Gemeinschaften abzusehen.

Adventisten in Österreich

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich hat seit Juli 1998 den Status einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft. Es gehören ihr 4.125 Mitglieder an, die sich durch die Glaubenstaufe angeschlossen haben. Adventisten zählen einige Hundert Kinder und Jugendliche nicht als Mitglieder, da sie die Kindertaufe nicht kennen, sondern es den Jugendlichen selbst überlassen ob und wann sie sich durch die Erwachsenentaufe der Kirche anschließen wollen.

Weitere Angaben zur Kirche, ihrer Herkunft und Geschichte finden sich auf der Website: www.adventisten.at (4.225 Zeichen)

Adventistische Pastoren in Guatemala und auf den Philippinen getötet

Silver Spring, Maryland/USA, 25.11.2014/APD Der adventistische Pastor Noe Gonzalez (54) wurde am 23. Oktober nach einer öffentlichen evangelistischen Veranstaltung im Dorf Hierbabuena in Guatemala auf dem Weg mit seinem Motorrad nach Hause bei einem Überfall mit vier Schüssen getötet. Das teilte die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Mittelamerika mit. Seine Frau Oralia sei auf den Kopf geschlagen und von den Tätern offensichtlich auch als tot betrachtet worden. Sie wäre anschließend in einem Krankenhaus behandelt worden und habe dieses nach Stunden wieder verlassen können.

Pastor Gonzalez sei in 33 Jahren der vierte adventistische Geistliche gewesen, der in Guatemala getötet wurde, so die Kirchenleitung. Er hinterlasse seine Frau und vier erwachsene Kinder, teilte die nordamerikanische Gemeindezeitschrift „Adventist Review“ (AR) mit.

„Lasst euch nicht von der Bosheit, Ungerechtigkeit und Verdorbenheit entmutigen, der ihr ausgesetzt seid, wenn ihr die frohe Botschaft von Jesus Christus verkündet“, empfahl Pastor Guenther Garcia. Der Präsident der Adventisten in Guatemala wandte sich nach dem Anschlag in einer Stellungnahme an die 117 adventistischen Pastoren in seinem Land, so AR.

Anschlag auf Mindanao/Philippinen

Am 22. Oktober eröffneten maskierte Bewaffnete das Feuer auf sechs Personen, die in einem Dorf in der philippinischen Provinz Zamboanga del Norte auf der Insel Mindanao in ein Fahrzeug steigen wollten. Dabei töteten sie den adventistischen Pastor Ramil Ansong (29) und seinen 50-jährigen Vater Jose, wie die Zeitung „Sun Star“ berichtete. Die anderen vier Personen, darunter auch die Mutter des Geistlichen, seien unverletzt entkommen.

In beiden Fällen suche die Polizei nach Motiven für die gewaltsamen Angriffe, habe aber bisher laut AR keinerlei Hinweise gefunden.

Tödliche Angriffe auf adventistische Pastoren seien zwar selten, aber nicht gänzlich unbekannt, sagte Derek Morris, stellvertretender Exekutivsekretär der Pastorenvereinigung der Weltkirchenleitung, die Geistliche ausbildet und unterstützt. „Die gewaltsamen Angriffe auf adventistische Pastoren erschüttern uns“, so Morris. „Wir werden weiterhin für Pastoren und Gemeindeleiter, besonders aber für ihre Familien, die betroffen sind und gelitten haben, beten.“ (2.026 Zeichen)

Medizinisches Zentrum der Adventisten in Bukarest eröffnet

Bukarest/Rumänien, 25.11.2014/APD Am 29. Oktober eröffnete die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Bukarest „Premed“, das erste medizinische Zentrum der Freikirche in Rumänien. Laut Angaben der Kommunikationsabteilung der Kirche hat das Zentrum 2.500 Quadratmeter Nutzfläche und beschäftigt 15 medizinische Fachkräfte. Mit einer Investition von 800.000 Euro sei „Premed“ die wichtigste und vielseitigste Klinik in der Hauptstadt, die sich mit zeitgenössi-

scher Prävention von Krankheiten befasse und natürliche Heilmethoden anbiete. „Premed“ gehöre zum weltweit 700 medizinische Institutionen umfassenden „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Die Klinik in Rumänien sei ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des adventistischen Gesundheitssystems in Europa und ermutige ihn sehr, sagte bei der Eröffnung Bernd Quoss, Geschäftsführer des adventistischen 170 Betten Akutkrankenhauses „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf. Dieser Schritt sei bedeutsam, weil die Freikirche in Europa, im Gegensatz zu den USA, nur über wenige Gesundheitseinrichtungen verfüge. Das Krankenhaus in Berlin wolle sich mit seiner 90-jährigen Erfahrung in der Zusammenarbeit einbringen.

Das „Premed“-Zentrum biete Rehabilitation, Physiotherapie, Physikalische Medizin und Anwendung von therapeutischen Bädern an. Zusätzlich gebe es in der Klinik 15 verschiedene Praxen mit Hausarztmedizin, Sonographie (EKG, medizinische Tests, Diagnose und Screening), HNO, Zahnheilkunde, Audiologie, Beratung und Psychotherapie.

„Neben den klassisch medizinischen Dienstleistungen werden wir Seminare zu gesundem Lebensstil, Ernährung und Kochkurse anbieten sowie jene unterstützen, die das Rauchen oder Trinken aufgeben wollen, ein Gewichtsreduktionsprogramm durchführen möchten oder psychologische und seelsorgerliche Beratung suchen“, sagte Svetlana Ciocarlan, Geschäftsführerin des „Premed“-Zentrums.

„Obwohl die Medizintechnik viele Fortschritte gemacht hat und Krankenhäuser zunehmend fortschrittliche Technologien anwenden, nehmen die Krebserkrankungen immer noch zu. Prävention und gesunde Lebensweise sind die einzigen Methoden, um Krankheiten und Leiden zu verringern“, betonte Professor Dr. Daniel Ion, einer der Ärzte der Klinik.

Der Kauf der „Premed“-Klinik sei unter Mithilfe der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, der rumänischen sowie der Kirchenleitung in der Walachei, der adventistischen PopaTatu Kirche in Bukarest sowie einem privaten Sponsor getätigt worden.

Adventisten in Rumänien

In Rumänien mit knapp 20 Millionen Einwohnern feiern 66.300 erwachsen getaufte Adventisten in rund 1.100 Kirchen am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, den Gottesdienst. Sie unterrichten in sechs Grund- und Mittelschulen rund 900 Kinder, unterhalten eine Theologische Hochschule, ein Ausbildungsinstitut für Krankenpflege, einen Verlag, ein Medienzentrum sowie eine Radio- und eine Fernsehstation. (2.628 Zeichen)

Adventisten in Nordamerika „erwachsen“ geworden und finanzstark

Lüneburg, 25.11.2014/APD Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ordination von Frauen zum Pastorendienst während der Oktober-Sitzung des Exekutivausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) in Silver Spring, Maryland/USA, wurden die rund 300 Mitglieder des Ausschusses dazu aufgerufen, bei Meinungsverschiedenheiten miteinander „respektvoll, demütig und in der Gesinnung Christi“ umzugehen. Bei der Aufbereitung der Thematik Anfang November im Exekutivausschuss der Freikirche in Nordamerika gab deren Präsident, Pastor Daniel R. Jackson, diese Bitte an die anwesenden Delegierten weiter: „Es gehört nicht zu unserem Auftrag, uns gegenseitig zu bekämpfen, weil wir nicht einer Meinung bezüglich der Ordination von Frauen sind“, betonte er. „Wir haben das Recht, zu widersprechen, aber Gott hat uns die Verantwortung gegeben, seine Liebe mit anderen zu teilen.“

Für einen anständigen Diskurs

Als Antwort auf Jacksons Aufruf verabschiedeten die Anwesenden eine Vier-Punkte-Erklärung für einen „anständigen Diskurs“. Laut dem Onlinedienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ werde darin zunächst ermutigt, Widerspruch zu äußern, solange dieser ehrlich und vom aufrichtigen Wunsch motiviert ist, zur Wahrheit zu gelangen. Im zweiten Punkt beschlossen die Delegierten, „zuerst mit

denen zu reden, deren Ansicht wir nicht teilen, und ihnen nicht-wertend zuzuhören, damit wir ihre Position korrekt wiedergeben können, bevor wir sie kritisieren“. Punkt drei lautet: „Wir beschließen, den Gebrauch von Sarkasmus, Karikaturen, Anekdoten, Verspottung und jede andere Form versteckter Andeutungen zu meiden, die dazu dient, den Ruf oder die Persönlichkeit anderer herabzuwürdigen.“ Im Punkt vier beschlossen sie, keine Online- oder Offline-Kommunikation zu dulden, die den guten Namen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Allgemeinen oder den Ruf einzelner Mitglieder im Besonderen diffamiert oder herabsetzt.

Das alles geschehe mit dem Ziel, die Kommunikation gemäß den hohen Standards eines christlichen Verhaltens zu führen, „damit Gott durch alles verherrlicht wird, was wir sagen und tun“.

Wachstumsrate zurückgegangen

In seinem Rechenschaftsbericht wies Generalsekretär G. Alex Bryant auf den Mitgliederrückgang im vierten Jahr in Folge hin – sowohl in den USA als auch in Kanada. Zwar sei die Mitgliederzahl im Jahr 2013 um 17.541 Personen auf 1.184.395 gewachsen, aber die Wachstumsrate wäre von 3,41 Prozent in 2012 auf 3,19 Prozent in 2013 zurückgegangen (2011 betrug sie 3,15 Prozent, in 2010 waren es 3,63 Prozent und in 2009 sogar 4,19 Prozent).

Bryant bemerkte dazu, dass auch die nordamerikanischen Adventisten nicht vom allgemeinen Trend in der Weltkirche verschont würden: Während 32 Millionen Menschen in den vergangenen 30 Jahren weltweit getauft worden seien, hätten gleichzeitig elf Millionen die Kirche verlassen.

Erwachsen geworden

Bei der Novembersitzung wurde laut dem Onlinedienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ auch die Frage nach einem eigenen Verwaltungssitz für die nordamerikanische Kirchenleitung behandelt. Zwar gibt es diese schon seit 1913, doch bildete sie jahrzehntelang eine Verwaltungseinheit mit der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz). Obwohl die Verwaltungsgemeinschaft inzwischen aufgehoben wurde, behielt die nordamerikanische Kirchenleitung ihre Büros im Verwaltungsgebäude der Generalkonferenz bei. Unabhängig wirtschaftlicher Überlegungen gebe es mindestens zehn Gründe für einen Auszug, von denen der erste die Selbstbestimmung sei, hob Präsident Jackson gegenüber den Delegierten hervor. „Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika hat das Bedürfnis, ihren einzigartigen Verkündigungsauftrag nach Strategien wahrzunehmen, die relevant und funktionsfähig für ihr Gebiet sind. Es wird Zeit, dass wir erwachsen werden und das Elternhaus verlassen.“

Als alternative Standorte hätten Dallas, Denver und Atlanta zur Debatte gestanden. Die Mehrheit habe sich jedoch für einen Verbleiben im Großraum Washington ausgesprochen. Einen Zeitplan für den Auszug gebe es noch nicht.

Finanzstark

Die nordamerikanische Kirchenleitung ist eine von 13 kontinentalen Kirchenleitungen („Divisionen“) der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. 1.184.395 als Erwachsene getaufte Personen versammeln sich in 5.448 Kirchengemeinden, für die 4.150 Pastoren zuständig sind.

Immer noch würden die nordamerikanischen Adventisten wesentlich zur Finanzierung der Arbeit der Weltkirche beitragen. Laut Robert Lemon, Schatzmeister der Weltkirchenleitung, gingen im letzten Jahr 50 Prozent der Spenden für die weltweite Mission allein von den Adventisten aus Nordamerika ein. Die weiteren 50 Prozent würden die rund 17 Millionen Mitglieder in den anderen Kontinenten aufbringen. (4.177 Zeichen)

Neuer Generalsekretär der jährlichen Konferenz der Sekretariate der CWC

Silver Spring, Maryland/USA, 25.11.2014/APD Dr. Ganoune Diop ist neuer Generalsekretär der jährlichen Konferenz der Sekretariate der „Christian World Communions“ (CWC – Weltweite Christliche Gemeinschaften). Einmal im Jahr treffen sich die Generalsekretäre oder vergleichbare Amtsträger von etwa 20 christlichen Weltgemeinschaften, wie Anglikanischer Konsultationsrat,

Ökumenisches Patriarchat von Konstantinopel, Utrechter Union der Alt-Katholiken, Baptistischer Weltbund, Lutherischer Weltbund, Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, Päpstlicher Rat für die Einheit der Christen, Heilsarmee, Generalkonferenz der Siebenten-Tags-Adventisten, Mennonitische Weltkonferenz, Methodistischer Weltrat, Ökumenischer Rat der Kirchen und Weltweite Evangelische Allianz, zu einer informellen zwei- oder dreitägigen Tagung, um die Arbeit ihrer Kirchen vorzustellen und sich über aktuelle Fragen auszutauschen. Aufgabe des Generalsekretärs ist es, die jährlichen Konferenzen zu organisieren. Er wird für zwei Jahre gewählt, wobei mehrfache Wiederwahl die Regel ist.

Dr. Ganoune Diop stammt aus dem westafrikanischen Land Senegal und ist Pastor der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Als stellvertretender Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) in Silver Spring, Maryland/USA, ist er die Kontaktperson der weltweiten Kirche bei den Vereinten Nationen (UNO). Er studierte in Frankreich Theologie (Colognes) sowie Sprach- und Literaturwissenschaft (Paris) und promovierte an der Andrews Universität in Michigan/USA in Theologie im Bereich Altes Testament. Diop ist auch im Planungskomitee des „Global Christian Forum“ (Globales Christliches Forum) vertreten. Das Forum ist eine Plattform der Begegnung und des Gesprächs für christliche Kirchen und Gemeinschaften, um das gegenseitige Verständnis zu fördern sowie gemeinsame Herausforderungen aufzugreifen und anzusprechen.

Die Generalsekretäre der jährlichen Konferenz der Sekretariate der Christian World Communions sind seit einigen Jahrzehnten Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Von 1970 bis 2003 nahm das Amt Dr. Bert B. Beach und von 2003 bis 2014 Dr. John Graz wahr. Beach war ehemaliger und Graz ist jetziger Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung. (2.160 Zeichen)

UN-Experte fordert Schutz der Religionsfreiheit auch am Arbeitsplatz

New York/USA und Genf/Schweiz, 25.11.2014/APD Heiner Bielefeldt, Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, forderte vor der UN-Vollversammlung, dass die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung ohne Diskriminierung auch am Arbeitsplatz zu leben, geschützt werden müsse. Laut UN-Medienmitteilung ermutigte er die Regierungen, geeignete Maßnahmen zur Vermeidung und Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung zu ergreifen. Es seien wirksame Antidiskriminierungsvorschriften und deren Überwachungsmechanismen für Beschäftigte in öffentlichen und privaten Institutionen zu schaffen.

„Sofern dies notwendig erscheint, müssen alle Einschränkungen des Rechts, seine Religion oder Weltanschauung am Arbeitsplatz zu manifestieren, konkret und eng definiert, werden, damit sie mit den internationalen Menschenrechtsstandards übereinstimmen“, sagte der Sonderberichterstatter bei der Präsentation seines jüngsten Berichts vor der UN-Vollversammlung. „Sowohl mit Behörden als auch mit privaten Arbeitgebern geschlossene Arbeitsverträge können bestimmte arbeitsbedingte Verpflichtungen vorsehen, die einige Erscheinungsformen der Religion oder der Weltanschauung eines Mitarbeiters einschränken können“, so Bielefeldt. „Allerdings“, betonte er, „dürfen sie nie zu einer totalen Aufhebung dieses Menschenrechts am Arbeitsplatz hinauslaufen.“

Vorurteile oder „Corporate Identity“ können Religionsfreiheit einschränken

Der Expertenbericht habe die Gründe der religiösen Intoleranz und Diskriminierung am Arbeitsplatz erforscht, heißt es in der UN-Medienmitteilung. Diese könnten aus Vorurteilen der Arbeitgeber, Mitarbeiter oder Kunden bestehen oder aufgrund restriktiver Interpretationen der „Corporate Identity“ beziehungsweise wegen einer allgemeinen Angst vor religiöser Vielfalt.

Er habe die Arbeitgeber auch aufgefordert, „eine Atmosphäre der vertrauensvollen und respektvollen Kommunikation zu fördern, um es Mitarbeitenden, einschließlich der Mitglieder von religiösen oder weltanschaulichen Minderheiten zu ermöglichen, ihre Probleme zu benennen sowie ihre

Bedürfnisse offen anzusprechen und damit beizutragen, dass versteckten Formen der Intoleranz und indirekte Diskriminierungsmuster entdeckt werden können“.

Konzept der „angemessenen Vorkehrungen“

Laut UN biete der Bericht von Bielefeldt eine Reihe praktischer Empfehlungen und schlage das Konzept der „angemessenen Vorkehrungen“ (reasonable accommodation) vor. Das sei ein Mittel, um den Grundsatz der Nichtdiskriminierung in geeigneter Weise zu verwirklichen und um individuelle Lösungen für religiöse Minderheiten am Arbeitsplatz zu finden. „Vorausgesetzt, es gibt Goodwill auf allen Seiten, können in den meisten Fällen praktische Lösungen gefunden werden“, so der Bericht.

Bevorzugung religiöser Minderheiten?

Obwohl mit dem Konzept der „angemessenen Vorkehrungen“, im Sinne eines Entgegenkommens für religiöse oder weltanschauliche Minderheiten, viele positive Erfahrungen gemacht worden seien, werde ihm weiterhin mit Skepsis und Widerstand begegnet, heißt es im Dokument. Es werde befürchtet, dass solche Maßnahmen Minderheiten auf Kosten der Gleichberechtigung unter Kollegen bevorzugen, die „Neutralität“ gewisser Institutionen beeinträchtigen oder die Tore für Sonderwünsche anderer Angestellter öffnen könnten.

Diesen Bedenken gegenüber hält Bielefeldt im Bericht fest, dass es sich bei solchen Entgegenkommen nicht um eine Bevorzugung von religiösen Minderheiten handle. Vielmehr gehe es um eine „substanzielle Gleichberechtigung“. Im Rahmen der Menschenrechte bedeute Gleichberechtigung nicht Gleichheit oder Uniformität, sondern immer eine für Vielfalt offene, „komplexe Gleichberechtigung“, die zu einer facettenreichen Gesellschaft und zum Wohl aller beitrage.

Juden und Adventisten Opfer von indirekter Diskriminierung

Neben offener religiöser Intoleranz und direkter Diskriminierung gebe es auch versteckte Formen, die nicht leicht zu entdecken seien. Sie lägen hinter „neutralen“ Vorschriften verborgen, die vordergründig auf alle gleichermaßen zutreffen würden, auf einige Angestellte aber überproportional negative Auswirkungen hätten. So hätten Arbeitnehmende, die aus religiöser Überzeugung an einem Tag der Woche nicht arbeiten würden, zusätzliche Probleme. Das treffe unter anderem auf Juden und Siebenten-Tags-Adventisten zu, welche ihre Arbeitsstelle verloren hätten, weil sie am Samstag (Sabbat) nicht gearbeitet hätten, heißt es im Bericht.

Heiner Bielefeldt trat sein Mandat am 1. August 2010 als Sonderberichterstatter der Religions- und Weltanschauungsfreiheit an. Er ist regierungsunabhängig und agiert in eigener Kompetenz. Bielefeldt ist Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Von 2003 bis 2009 war er Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Die Forschungsinteressen des Sonderberichterstatters umfassen verschiedene interdisziplinäre Facetten der Menschenrechte in Theorie und Praxis, mit einem Fokus auf der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. (4.565 Zeichen)

Papst fordert mehr Unterstützung für verfolgte Christen

Vatikanstadt, 25.11.2014/APD Papst Franziskus hat mehr internationale Hilfe für verfolgte Christen gefordert, berichtet Kathpress. Bei seiner Generalaudienz am 12. November auf dem Petersplatz habe er an die politischen Führer in der Welt und an „alle Menschen guten Willens“ appelliert, mehr zum Schutz der christlichen Gemeinschaften zu unternehmen, die unter „absurder Gewalt“ litten. Das erfülle ihn mit großer Sorge, so Franziskus. „Sie haben das Recht auf Sicherheit und Ruhe in ihren Ländern, um ihren Glauben frei zu leben.“ Auf die Lage in Syrien und im Irak ging er nicht ausdrücklich ein.

Laut Kathpress sicherte Franziskus den leidenden Christen seine spirituelle Nähe zu. Sie und ihre Priester habe er ermutigt, die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt nicht aufzugeben. Dafür gebe es jedoch derzeit keine Anzeichen. (752 Zeichen)

„Neue Ära“ zwischen Evangelikalen und Rom

Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz zu Besuch beim Papst

New York/USA, 25.11.2014/APD Am 6. November traf sich in Rom eine Delegation der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) mit Papst Franziskus und Vertretern des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen. Dabei sei über Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei weltweiten Problemen, die beide Seiten betreffen würden, gesprochen worden, teilte die WEA mit. In seiner Ansprache habe WEA-Generalsekretär Dr. Geoff Tunnicliffe spezifische Handlungsschritte für die beiden Weltkirchengremien skizziert, die zu einer „neuen Ära in den evangelikalen und römisch-katholischen Beziehungen“ führen könnten.

„Der theologische Dialog zwischen dem vatikanischen Einheitsrat und der weltweiten Vertretung der Evangelikalen habe laut Papst Franziskus bereits ‚neue Perspektiven eröffnet, Missverständnisse geklärt und Wege zur Überwindung von Vorurteilen gewiesen‘“, schreibt die Katholische Presseagentur Österreichs zum Treffen.

„Wir wissen um die Unterschiede zwischen unseren religiösen Traditionen, stehen aber auch zu jenen Bereichen, an denen wir in der Vergangenheit gemeinsam gearbeitet haben, und beten dafür, dass wir darauf aufbauen können“, sagte Dr. Tunnicliffe in seiner Eröffnungsansprache. „Evangelikale sind eine sehr heterogene Gruppe, die Menschen und Kirchen aus pfingstlerischen Traditionen, Reformierte, Baptisten und Unabhängigen umfasst“, so der WEA-Generalsekretär. „Wir teilen den gemeinsamen Glauben an unseren Herrn Jesus Christus und den Wunsch, dem Reich Gottes zu dienen. Wir ermutigen zur persönlichen, spirituellen Erneuerung und Umwandlung und haben ein Verlangen, Jesus in der ganzen Welt bekannt zu machen.“

Gemeinsam gegen Menschenhandel und religiöse Verfolgung

Laut WEA-Mitteilung habe Dr. Tunnicliffe betont, dass es innerhalb der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), mit sieben regionalen und 129 nationalen Evangelische Allianzen, viele Länder gäbe, in denen die Gläubigen beider Gemeinschaften bereits kooperieren würden.

In vielen Städten auf der ganzen Welt, arbeiteten evangelikale und römisch-katholische Christen zusammen, um den Menschenhandel zu bekämpfen. Gleichzeitig hätten Gelehrte und Experten beider Seiten damit begonnen, gemeinsam auf die schrecklichen Folgen religiöser Verfolgung zu reagieren.

Die WEA habe nach Angaben des Berichts vorgeschlagen, künftig in den Bereichen Atomwaffenabrüstung und beim Kampf gegen extreme Armut zusammenzuarbeiten, sowie bei der Rückführung von Christen und andere ethnische Minderheiten im Nahen Osten an Orte, wo sie ihren Glauben frei von Angst leben und praktizieren könnten.

Theologische Unterschiede

Es gebe zwar ein erhebliches Potenzial für eine verstärkte Zusammenarbeit, aber auch theologische Unterschiede zwischen den beiden Körperschaften, welche in der Vergangenheit ein Hindernis für die Zusammenarbeit auch in Bereichen gemeinsamen Interesses dargestellt hätten. Daher habe Dr. Tunnicliffe vorgeschlagen, dass Diskussionen über theologische Gemeinsamkeiten und Unterschiede Teil dieses neuen Ansatzes sein sollten. Das werde „einen erzieherischen Wert für die eigenen Kirchenmitglieder haben und ein gutes Modell für die öffentliche Diskussion in einer multireligiösen Welt setzen“, erklärte der Generalsekretär.

Neben dem Besuch bei Papst Franziskus habe sich die WEA-Delegation mit weiteren Vertretern der römisch-katholischen Kirche getroffen, um über Religionsfreiheit, Friedensförderung, Familie und Islam zu diskutieren. (3.096 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

ADRA Deutschland eröffnet in Berlin Hauptstadtbüro

Berlin, 25.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit Sitz in Weiterstadt bei Darmstadt eröffnete am 4. November ihr Hauptstadtbüro in Berlin. Neben fünf weiteren Organisationen hat ADRA die Initiative des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) aufgenommen, ein eigenes Büro in der Stresemannstraße 72 einzurichten. An der gemeinsamen Eröffnungsfeier nahmen 150 geladene Gäste aus Politik und Gesellschaft teil.

Für eine erfolgreiche Arbeit sei die Abstimmung mit den Partnerorganisationen und der Bundesregierung unentbehrlich, begründet Geschäftsführer Christian Molke die neue Vertretung von ADRA Deutschland in Berlin. Das Büro ist der Abteilung Unternehmenskommunikation zugeordnet und wird von Axel Schröder geleitet.

Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO, begrüßte die Gäste mit dem Hinweis auf den gemeinsamen Bürotrakt, der mit „A“ wie ADRA beginne und mit „V“ wie VENRO ende. So könnten sich die Mitarbeiter der einzelnen Büros auf kurzem Weg begegnen und austauschen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller (CSU), wies in seinem Grußwort auf die zunehmende Bedeutung der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen hin. Es sei die Verantwortung der Zivilgesellschaft, an den politischen Entscheidungsprozessen des Staates mitzuwirken.

Beim anschließenden Rundgang durch die einzelnen Büros zeigte sich der Bundesminister besonders an dem Konzept der „ADRAsshops“ interessiert. Geschäftsführer Molke erklärte, dass aus dem Verkaufserlös hochwertiger Gebrauchtartikel Projekte in Entwicklungsländern finanziert würden: „Unsere ADRAsshops entsprechen dem gesellschaftlichen Trend für eine nachhaltige Ressourcennutzung und bewirken zusätzlich humanitäre Hilfe.“

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (International Nongovernmental Organization). ADRA Deutschland wurde 1987 von der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Bundesrepublik gegründet. Getreu dem Motto „Damit Menschen wieder hoffen können“ arbeite ADRA Deutschland als Mitglied eines weltweiten Netzwerks mit 134 nationalen Büros daran, dass der Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen der Erde Einhalt geboten werde, so ADRA-Pressesprecher Martin Haase.

(2.141 Zeichen)

ADRA Deutschland unterstützt 582.000 Menschen in 30 Ländern

Weiterstadt bei Darmstadt, 25.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hat im vergangenen Jahr über 582.000 hilfsbedürftige Menschen in 30 Ländern direkt oder indirekt unterstützt. Das geht aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht für 2013 hervor. Zum Tätigkeitsfeld von ADRA Deutschland gehörten humanitäre Hilfe im Katastrophenfall sowie Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Einkommen, Katastrophenvorsorge und Ressourcenschutz.

„Als Teil eines global agierenden Netzwerks in mehr als 130 Ländern hilft ADRA Deutschland jährlich Millionen Menschen unabhängig von politischer, ethnischer, sozialer und religiöser Zugehörigkeit“, so der Bericht. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe würden die Chancen dieser Menschen auf ein würdiges Leben verbessert. Schwerpunkte der Projektarbeit 2013 seien Hilfsmaßnahmen bei Hochwasserschäden in Deutschland gewesen, Nothilfe nach den Zerstörungen durch den Taifun „Haiyan“ auf den Philippinen und ein Projekt zur Erschließung von alternativen Nahrungs- und Einkommensquellen in der Mongolei.

Fast acht Millionen Euro habe das Hilfswerk im Jahr 2013 für seine Aufgaben ausgegeben. Dabei schlugen die Verwaltungskosten mit 22 Prozent zugrunde, während fast drei Viertel des Budgets in Entwicklungs- und Hilfsprojekte geflossen seien. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bestätigte, dass ADRA-Deutschland die Standards des DZI-Spenden-Siegels erfülle und vergab es für das kommende Jahr erneut.

Den Ausgaben standen Einnahmen in folgender Höhe gegenüber: 2,9 Millionen Euro aus privaten Spenden; 1,74 Millionen Euro seitens des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland; 1,4 Millionen Euro von der Europäischen Kommission Humanitäre Hilfe (ECHO); 0,91 Millionen Euro von der Europäischen Union; 0,37 Millionen Euro aus sonstigen Einnahmen; 0,23 Millionen Euro seitens der „Aktion Deutschland Hilft“; 0,18 Millionen Euro von ADRA-Schwesterorganisationen und 0,12 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Geschäftsführer Christan Molke teilte mit, Ziel des Jahresberichtes sei es nicht nur, Rechenschaft darüber abzugeben, wie ADRA Deutschland mit den anvertrauten Mitteln umgegangen sei. Es gelte auch für bereits geleistete Unterstützung zu danken und erneut für Empathie und Solidarität mit der Arbeit von ADRA Deutschland zu werben. Bemerkenswert sei die Zunahme der privaten Spenden um mehr als 600.000 Euro. „Hier spiegelt sich die Wertschätzung für ADRA direkt wider, wofür wir sehr dankbar sind“, ließ Pressesprecher Martin Haase wissen.

Der Jahresbericht 2013 von ADRA Deutschland kann im Internet unter www.adra.de/jahresberichte heruntergeladen werden. (2.454 Zeichen)

Wasserkraftwerk für Krankenhaus in 3.000 Metern Höhe

Weiterstadt bei Darmstadt, 25.11.2014/APD Auf fast 3.000 Metern Höhe befindet sich das regionale Krankenhaus der Region Bamiyan im zentralen Hochland von Afghanistan. „Es ist eine lebenswichtige Anlaufstelle für die Menschen in der abgeschiedenen Region“, berichtet die Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, Mirjam Greilich. 5.100 Patienten würden dort im Monat behandelt.

Strom für das Hospital liefere bisher ein Dieselgenerator. Der dafür benötigte Treibstoff müsse jedoch mühsam in gut 20 Stunden Fahrt von Kabul über Bergpässe bis zum Krankenhaus gebracht werden. Der Kostenaufwand für den Dieselgenerator liege pro Monat bei über 6.000 Euro. Durch die hohen Betriebskosten gebe es täglich im Krankenhaus nur wenige Stunden Strom. Im Winter falle die Versorgung oft ganz aus. Dann sei die ohnehin schwierige Straße für die Lastkraftwagen nicht passierbar, so Greilich. Die schlechte Energieversorgung wäre für das Krankenhaus fatal, da wichtige elektronische Diagnosegeräte und Ausrüstungen für Eingriffe mangels Strom häufig nicht verwendet werden könnten.

Um hier Abhilfe zu schaffen, baue ADRA nun eine Kleinwasserkraftanlage mit 46 Kilowatt Einspeiseleistung, informierte Mirjam Greilich. Ein Fluss verlaufe nahe der Klinik. Durch die künftige Nutzung der erneuerbaren Energiequelle würden sich die Stromversorgungskosten drastisch reduzieren. Zwar friere auch dieser Fluss etwa zwei Monate im Jahr zu, doch dann könne das Krankenhaus mit Dieselvorräten betrieben werden. Nicht nur die Patienten des Hospitals, auch die insgesamt 150.000 Menschen der Region profitierten auf lange Sicht von diesem Projekt. Ihre medizinische Versorgung wäre nachhaltig gesichert. (1.535 Zeichen)

Ausbildung für junge „Waldmenschen“ in Uganda

Wien/Österreich, 25.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich plant rund um Kisoro im Südwesten Ruandas ein Projekt für 400 junge Batwa. Batwa bedeutet in ihrer Sprache „die Waldmenschen“. Die Minderheit lebte traditionell in den dichten Wäldern, die heute wegen der seltenen Berggorillas unter Naturschutz stehen. Bei Einrichtung dieser Nationalparks wurden die Batwa aus den Wäldern vertrieben und haben seither große Mühe, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Viele leben in bitterer Armut.

ADRA Österreich plant, in den kommenden zwei Jahren 20 Jugendgruppen zu gründen, in denen mindestens 400 jugendliche Batwa lesen, schreiben und rechnen lernen. Sie sollen grundlegende landwirtschaftliche Kenntnisse erhalten sowie lernen, wie man ein Kleinunternehmen gründet und führt. In Spargruppen werden sie zum Sparen und damit auch zur Zukunftsplanung angeleitet und erhalten Zugang zu günstigen Kleinkrediten, um ein eigenes Einkommen erwirtschaften zu können.

Die Jugendgruppen sollen sie auch dazu befähigen, sich in der Gesellschaft gegen Diskriminierung stark zu machen und sich in ihren eigenen Reihen dafür zu engagieren, dass beispielsweise Kinder eingeschult werden, Frauen weniger Gewalt ausgesetzt sind und verantwortungsvoller mit Alkohol und anderen Rauschmitteln umgegangen wird.

Dank der Ko-Finanzierung durch die Stadt Wien werde jeder Euro an Spenden auf zwei Euro für das Projekt verdoppelt, teilte ADRA Österreich mit. (1.321 Zeichen)

Medien

Jugendliche in Deutschland online und sozial engagiert

Stuttgart, 25.11.2014/APD Jugendliche in Deutschland sind nach eigener Einschätzung an einem durchschnittlichen Wochentag 192 Minuten online. Kommunikation, Unterhaltung, Information und das Spielen im Netz nehmen damit etwas mehr Zeit im Alltag der Zwölf- bis 19-Jährigen ein als noch vor einem Jahr (179 Minuten).

Bei mehr als drei Stunden Online-Aktivität komme das Engagement im echten Leben aber nicht zu kurz: Jeder zweite Jugendliche engagiert sich ehrenamtlich. Dabei würden durchschnittlich 1,5 Ehrenämter, also freiwillige Tätigkeiten in Vereinen, Gruppen oder Institutionen ausgeübt, für welche die Jugendlichen keine oder nur geringe Bezahlung erhielten. Knapp ein Viertel betätige sich in einem Sportverein beispielsweise als Trainer, 17 Prozent übernahmen Ehrenämter als Streitschlichter, Tutor oder Mentor in der Schule. Jeder Zehnte engagiere sich bei der Jugendfeuerwehr, beim Roten Kreuz oder THW. Das sind erste Ergebnisse der JIM-Studie 2014 (Jugend, Information, Multi-Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest, die am 28. November im Musikpark Mannheim der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Auch Freundschaften würden nicht vernachlässigt: Persönliche Treffen seien nach wie vor und trotz aller digitalen Kommunikation von zentraler Bedeutung. 79 Prozent der Jungen und Mädchen verabredeten sich regelmäßig mit Freunden oder Bekannten. Weiterhin würden sieben von zehn Jugendlichen in ihrer Freizeit mehrmals pro Woche Sport treiben. Knapp jeder Dritte (29 Prozent) unternehme regelmäßig etwas mit der Familie, 23 Prozent spielten selbst ein Instrument oder würden in einem Chor singen.

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, Multi-Media) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Jugendlichen in Deutschland ab. Für die Untersuchung wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2014 telefonisch befragt. (1.798 Zeichen)

Buchrezension

Daniel Heinz/Werner Lange (Hrsg.), „Adventhoffnung für Deutschland: Die Mission der Siebenten-Tags-Adventisten von Conradi bis heute“, Advent-Verlag, Lüneburg, 2014, Paperback, 304 Seiten, 23,80 Euro, ISBN 978-3-8150-1941-2.

Vor 125 Jahren gründete Ludwig Richard Conradi die erste Adventgemeinde in Hamburg. Obwohl schon 1875 die beiden ersten Gemeinden der Siebenten-Tags-Adventisten in Solingen und Vohwinkel entstanden, begann die offizielle missionarische Arbeit der Freikirche in Deutschland, die bis heute andauert, erst mit der Gründung der Hamburger Adventgemeinde im Jahr 1889. Dieses Jubiläum gab Anlass für das im Advent-Verlag erschienene Buch „Adventhoffnung für Deutschland: Die Mission der Siebenten-Tags-Adventisten von Conradi bis heute“. Es ist das erste Werk, das sich mit der Geschichte der Adventisten in Deutschland und speziell ihrer Mission bis heute befasst. Herausgegeben wurde der Sammelband von Daniel Heinz, Dozent für Kirchengeschichte an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg und zugleich Leiter des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, sowie von Werner Lange, Pastor und Lektor des Advent-Verlages. Als Autoren konnten 13 Historiker, Theologen, (ehemalige) Kirchenleiter und Zeitzeugen gewonnen werden.

Die Geschichte der adventistischen Mission in Deutschland wird in 17 Kapiteln entfaltet und durch fünf Anhänge ergänzt, darunter eine Chronik und eine Fotogalerie. Im Vorwort führt Mitherausgeber Daniel Heinz in die Thematik ein und gibt einen kurzen Abriss über den Inhalt des Buchs. Er weist auch darauf hin, dass die einzelnen Kapitel die Meinung des jeweiligen Autors wiedergeben und weder kirchliche Deutungshoheit noch historische Vollständigkeit beanspruchen.

Der Inhalt des Bandes lässt sich grob in fünf Teile gliedern, die jeweils eine zeitlich eingrenzbare Epoche abbilden beziehungsweise ein Thema unter einem speziellen Aspekt behandeln.

Der erste Teil, Kapitel 1 bis 3 (Seite 11-66), beschäftigt sich mit der Zeit von der Gründung der Freikirche in Deutschland bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Problematisiert werden in diesem Zusammenhang auch die großen Herausforderung des Militärdienstes und deren Folgen für die Gemeinschaft bis zur Entstehung der adventistischen Reformationsbewegung, welche sich von der Freikirche trennte. Die im Erscheinungsjahr 2014 abgegebene Erklärung der deutschen Freikirchenleitung zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die auch ein Schuldbekenntnis gegenüber der Reformationsbewegung beinhaltet, wird zwar in der Chronik im Anhang erwähnt, fand aber aus zeitlichen Gründen keine Bearbeitung mehr in den einzelnen Kapiteln.

Der zweite Teil mit den Kapiteln 4 bis 6 (Seite 67-126) behandelt die Zeit von der Gründung der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch das ambivalente Verhalten der Gemeinschaftsleitung in der NS-Zeit wird thematisiert. Der Kirchenhistoriker Johannes Hartlapp zieht dazu ein selbstkritisches Resümee: „Als eine Kirche, die den Anspruch erhob, ihren Zeitgenossen aufgrund prophetischer Einsichten klare Antworten auf die brennenden Fragen der Gegenwart geben zu können, verlor sie wegen ihrer Willfährigkeit und Anpassung ab 1933 ihre moralische Autorität. Das christliche Gewissen kapitulierte vor dem Geist der Zeit“ (Seite 111).

Im dritten Teil (Kapitel 8 bis 12, Seite 137-210) geht es um die Nachkriegszeit und die Entwicklung der Gemeinschaft in der DDR inklusive der Zusammenführung des Ost- und Westdeutschen Verbandes zum Norddeutschen Verband der Freikirche und dessen Entwicklung. Die Herausforderung bestand in dieser Epoche unter anderem in der (mangelnden) Aufarbeitung der NS-Zeit und dem Verhältnis zur adventistischen Weltkirchenleitung.

Kapitel 13 bis 15 (Seite 211-262) bieten quasi einen Sonderteil (Teil 4), bei dem spezielle Brennpunkte den Inhalt bestimmen. Hierher gehört eigentlich auch Kapitel 7, das die Entwicklung der rechtlichen Stellung der Freikirche in Deutschland bis zur Gegenwart beleuchtet. Teil 4 enthält wichtige Beiträge, unter anderem auch zu den Beziehungen der Siebenten-Tags-Adventisten zu anderen Kirchen und christlichen Organisationen, verfasst vom langjährigen Referenten der Freikirche für zwischenkirchliche Beziehungen, Holger Teubert. Der Autor legt dar, wo Grenzen im Umgang mit anderen Konfessionen bestehen, aber auch welche außergewöhnlichen Chancen mit solchen Beziehungen verbunden sind. Sein Fazit: „Eine andere Konfession erschließt sich nicht ausschließlich aus dem Studium von Büchern oder durch Internetrecherche, sondern in der persönlichen Begegnung mit Vertretern dieser Konfession“ (Seite 248).

Der fünfte Teil (Kapitel 16 und 17, Seite 263-288) rundet das Buch mit einem Blick auf gegenwärtige Herausforderungen der Freikirche und einem Ausblick ab. Johannes Naether, Vorsitzender der Freikirche in Deutschland, stellt nüchtern fest: „Die Dynamik der Pionierzeit ist in Deutschland und den Ländern Europas verflogen und die Frage nach den gegenwärtigen Herausforderungen ist mehr als eine rein technokratische Führungsfrage“ (Seite 271). Inzwischen ist ein digitales Zusatzkapitel erschienen, das über die Homepage des Advent-Verlags als Pdf-Datei heruntergeladen werden kann.

Der Rezensent konnte sich über eine gut recherchierte, erstaunlich kompakte und dennoch fundierte historische Darstellung der Entwicklung der deutschen Adventisten freuen. Zumindest zum Nachdenken anregend, wenn nicht gar ein wenig provokativ wirkt die Aussage des Mitherausgebers Daniel Heinz, „dass die Kirche immer dann an Glaubenssubstanz und Kraft einbüßte, wenn sie sich dem Geist der Zeit (Monarchismus, Nationalismus, Säkularisierung und Postmoderne) anpasste“. „Die Anpassung an den jeweiligen ‚Geist der Epoche‘ [...] geschieht heute häufig freiwillig und unmerklich durch Trägheit, pluralistische Vorliebe, und eine generelle Umdeutung bzw. Vernachlässigung biblischer Wertmaßstäbe, die dem Zeitgeist zuwider laufen.“ (Seite 10).

Die Verschiedenartigkeit der Autoren macht das Werk abwechslungsreich, wenn auch ein wenig unstrukturiert. Der zeitliche Verlauf vermag dem Inhalt zwar eine grobe Gliederung zu geben, das Inhaltsverzeichnis lässt diese Gliederung allerdings vermissen, da jegliche Zwischenüberschriften fehlen. Zusätzlich gibt es inhaltlich immer wieder Sprünge zwischen reiner Darstellung und persönlicher Bewertung der Autoren, was nicht zur Einheitlichkeit des Bandes beiträgt (die letzten Seiten des Bandes erscheinen beispielsweise eher als leidenschaftliches Plädoyer für eine Verwaltungseinheit in Deutschland, denn als sachliche Darstellung einer möglichen Struktur-Reform). Eine dialektische Herangehensweise zeigt sich vor allem in den letzten Kapiteln, welche die Spannung zwischen dogmatischer Bewahrung und zukunftsfähiger Entwicklung aufzeigen.

Auch wenn der Satz „Conradi war der erste Adventist, dem es aus missionarischer und soziologischer Sicht gelungen ist, den Adventismus in Europa, genauer in Deutschland, nachhaltig zu beheimaten“ an sich korrekt sein mag, lässt sich damit aus Sicht des Rezensenten noch lange kein „evangelistisches Erfolgsrezept“ für „das Wachstum der Adventisten in Deutschland“ in heutiger Zeit ableiten, wie das Kapitel 2 (Seite 37) nahe legt. Aber selbst wenn sich der Rezensent nicht in jedem Fall den Deutungen der Autoren anschließen kann, so findet nach der anregenden Lektüre doch die Feststellung im Vorwort seine volle Zustimmung, welche die 125-jährige Motivation zur Mission folgendermaßen auf den Punkt bringt: „Bis heute stellt die Naherwartung der Wiederkunft Christi [...] die missionarische Triebfeder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten dar.“

Das Buch kann jedem, der sich über die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten informieren möchte, nur wärmstens empfohlen werden.

Jens-Oliver Mohr

40 Jahre Adventistischer Pressedienst APD Schweiz: 1974 - 2014



30 Jahre Adventistischer Pressedienst APD Deutschland: 1984 - 2014